

# Wirtschaft

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Wirtschaft“ erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Welt und Zeit“. Es ist Subskriptions-Organ der sozialdemokratischen Organisationskommission. Druck: Druckerei „Wirtschaft“ in Halle. G. Wächterstraße 4. Fernsprech-Nr. 24005, 24017, 24025. Beilagen: „Wirtschaft“ und „Welt und Zeit“ mit dem Inhalt der Tageszeitung. Preis 12 bis 15 Pf. — Unverlangt eingehenden Nummern ist nach dem Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,30 RM. für 10 Hefen monatlich 2,30 RM. Halbjahrespreis 12,00 RM. Jahrespreis 24,00 RM. bei Vorziehen 25,00 RM. Einzelheft 0,25 RM. — Anzeigenpreis 15 Pf. im Einzelnen und 80 Pf. im Blocktarif der „Wirtschaft“. Druckerei: G. Wächterstraße 4. Fernsprech-Nr. 24005, 24017, 24025. Postfach-Nr. 20119 Halle.

# Rein Linkskabinett in Frankreich

### Die Sozialisten lehnen die Teilnahme an der Regierung ab - Daladier verzichtet auf die Regierungsbildung

Die Bemühungen um Bildung einer Linksbildungsregierung in Frankreich sind gescheitert, da die Vertreter der Sozialistischen Partei ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Kabinetten ablehnt hat. Daladier hat am Dienstagabend seine Bemühungen um Bildung eines Kabinetts insoweit noch einmal aufgenommen, jedoch nachts um 2 Uhr entgingt auf die Regierungsbildung verzichtet.

Daladier wollte nach der Wägen der Sozialisten eine bürgerliche Linksbildungsregierung mit Unterstützung der Parlamentariergruppen des linken Zentrums bilden. Seine Bemühungen scheiterten aber daran, daß sich Außenminister Briand weigerte, mit ihm zusammenzuarbeiten, wenn er seine Regierungsbildung nicht noch weiter nach rechts zu ihm in die Reihen des bloc national zu einer „Republikanischen Union“ ausdehnte. Diesen Vorschlag konnte Daladier nicht annehmen, da er durch Beschläge des radikalen Parteitag in Reims, der jede Zusammenarbeit mit den Gruppen des bloc national ablehnt, gebunden war.

Die letzten Stunden vor dem endgültigen Verzicht Daladiers verliefen recht bewegt. Schon um 7 Uhr abends, nach einer ersten Besprechung mit Briand, war Daladier zum Verzicht entschlossen. Einige Freunde Briands aber bewilligten ihm, den Konflikt zwischen Briand und Daladier beizulegen und auch der Präsident der Republik ließ die radikalen Parteitagler zur Freijung seiner Verhandlungen zu bestimmen. Im letzten Augenblick veröffentlichte Briand eine Erklärung, worin er bezeugte, daß seine Unterstützung Daladiers nach wie vor sicher ist, wenn der „Republikanischen Union“ gefolgt werde. In dieser Erklärung sah Daladier, wie er den Preisverzicht annehmlich bewerte, einen letzten persönlichen Angriff auf den ausbleibenden Briand, um seinen Verzicht zu erzwingen.

Der nach Daladier mit der Regierungsbildung beauftragt werden wird, ist noch unbekannt.

### Die ablehnende Stellungnahme der Sozialisten.

Paris, 29. Oktober. (Fig. Draht.) Der außerordentliche Delegiertentag der Sozialistischen Partei beschloß am Dienstag das Angebot Daladiers mit 1690 gegen 1451 Stimmen abzulehnen.

Die Sitzung nahm einen recht lebhaften, heftigsten förmlichen Verlauf.

Als erster Redner sprach Braute, Abgeordneter des Departements der Seine, der protestantischen Gräben gegen die Annahme. Ihm folgten mehrere Redner für das Angebot Daladiers. Darob, der Deputierte von Puy de Dôme, der in der Parlamentsfraktion gegen die Beteiligung gestimmt hatte, erklärte sich auf Grund der Umstände, unter denen er in die Regierung eingetreten sollte, für die Entsendung sozialistischer Minister in ein Kabinett Daladier. Ähnlich äußerte sich Pelletier, der erklärte, die Tatsache, daß Daladier die Forderungen der sozialistischen Gewerkschaften reiflich in sein Regierungsprogramm aufgenommen habe, verneinte die Partei geradezu, die Macht zu ergreifen.

Paul Boncour führte aus, es handle sich nicht um ein bloßes taktisches Spiel, auch wenn die Beteiligung erklären sich zur Überwindung der Nacht, denn, wenn der Sozialistische Partei eine dominierende Rolle an der Regierung gesichert werde. Das aber sei es gerade, was Daladier anbiete, nicht mit Eintritt, sondern

gemeinsame Übernahme der Macht. Es sei daher zu verlangen, daß die Partei ihren Parlamentsfraktion Vertrauen schenke, auch wenn sie auf die Hand der Regierung überfalle. Wenn schließlich der Versuch nicht gelinge, würde immer noch der Weg der Demission offen. Gerade er, Paul Boncour, habe mit seinem Verzicht auf sein Amt als Reichsminister gezeigt, daß er sich nicht an die Macht klammere und die möglicherweise, wenn es seine Überzeugung fordere. Gehe die Regierung, so sei für die Sozialistische Unabsetzbarkeit gewonnen; hingegen er, so sei immer noch nichts verloren.

nen ein. Das ist der dritte Teil der Stimmen, der von den Volksbewegungsparteien bei der letzten Reichstagswahl erreicht wurde.

Im Wahlkreis Pommern bekannten sich von 695 000 Wahlberechtigten und 290 000 Personen zu Drogenberg.

Im Wahlkreis Slesien zeichneten sich von 918 987 Wahlberechtigten 27 586 für das Volkstum ein.

Im Wahlkreis Düsseldorf-Ost erzielten 29 280 Einwohnern bei 14 654 884 Wahlberechtigten.

### Börse in New York.

New York, 29. Oktober. (Fig. Draht.) Die wilde Panik auf der New Yorker Börse, die auch auf die Börsen Europas ohne Milderung gelassen ist, hat am Dienstag zu neuen wilden Verkaufszugriffen geführt.

Im Beginn der Börsen lagen Verkaufszugriffe für 25 000 bis 50 000 Papiere vor. Im weiteren Verlauf der Börsen wurde ein Paket von 117 000 Aktien der Commonwealth Trustgesellschaft von New York auf den Markt geworfen, das größte Aktienpaket, das jemals in New York zum Verkauf gebracht worden ist. Die Transaktionen der ersten halben Börsenstunde schreckten sich auf nicht weniger als 3 300 000 Papiere. Im weiteren Verlauf der Börsen stellte sich eine leichte Beruhigung ein.

### Bürgerlied gegen Arbeiterpartei.

London, 29. Oktober. (Fig. Draht.) Am kommenden Freitag findet in den Provinzen Englands, Wales und Schottlands die alljährliche Konferenz eines Drittels der Stadt- und Gemeinderäte statt. Die Arbeiterpartei wird überall mit einem bedeutenden Ansturm an Mitgliedern und insbesondere mit einer Demonstration in Erscheinung treten. Die Arbeiterpartei sieht, wie in früheren Jahren, die Konferenz der Konservativen und Liberalen, Wahlkreise als Hauptziel, ist im gegenwärtigen Wahlkampf, der nunmehr seinen Höhepunkt erreicht hat, noch deutlicher in Erscheinung getreten. Die Arbeiterpartei sieht, wie in früheren Jahren, die Konferenz der Konservativen und Liberalen, Wahlkreise als Hauptziel, ist im gegenwärtigen Wahlkampf, der nunmehr seinen Höhepunkt erreicht hat, noch deutlicher in Erscheinung getreten.

Die schon in früheren Jahren beobachtete Reizung der Konservativen und Liberalen, Wahlkreise als Hauptziel, ist im gegenwärtigen Wahlkampf, der nunmehr seinen Höhepunkt erreicht hat, noch deutlicher in Erscheinung getreten. Die Arbeiterpartei sieht, wie in früheren Jahren, die Konferenz der Konservativen und Liberalen, Wahlkreise als Hauptziel, ist im gegenwärtigen Wahlkampf, der nunmehr seinen Höhepunkt erreicht hat, noch deutlicher in Erscheinung getreten.

Die schon in früheren Jahren beobachtete Reizung der Konservativen und Liberalen, Wahlkreise als Hauptziel, ist im gegenwärtigen Wahlkampf, der nunmehr seinen Höhepunkt erreicht hat, noch deutlicher in Erscheinung getreten. Die Arbeiterpartei sieht, wie in früheren Jahren, die Konferenz der Konservativen und Liberalen, Wahlkreise als Hauptziel, ist im gegenwärtigen Wahlkampf, der nunmehr seinen Höhepunkt erreicht hat, noch deutlicher in Erscheinung getreten.

Die schon in früheren Jahren beobachtete Reizung der Konservativen und Liberalen, Wahlkreise als Hauptziel, ist im gegenwärtigen Wahlkampf, der nunmehr seinen Höhepunkt erreicht hat, noch deutlicher in Erscheinung getreten. Die Arbeiterpartei sieht, wie in früheren Jahren, die Konferenz der Konservativen und Liberalen, Wahlkreise als Hauptziel, ist im gegenwärtigen Wahlkampf, der nunmehr seinen Höhepunkt erreicht hat, noch deutlicher in Erscheinung getreten.

### Missbrauch der Leuna-Arbeiter

### Sie sollen ihren Leningrader Kollegen in den Städten fallen Das nennen die Kommunisten revolutionären Weltwettbewerb

E. L. Halle, 30. Oktober 1929. In diesen Tagen fand in Berlin wieder ein großer Schindler vor Gericht. Herr Zell, der seinen Mitmenschen die größten Schäden angedenken hatte über seine glänzenden geschäftlichen Verbindungen und der trotz all der bitteren Erfahrungen, die die Menschen mit solchen Schindlern schon gemacht haben, auch jetzt noch wieder genügend Gutmute fand, die ihm ihr Geld brachten. Mit ähnlichen Methoden verurteilen die Rechts- und Linksradikalen Anhänger für ihre bantonten politischen Ziele zu gewinnen. Die Nationalsozialisten leisten sich zur Wahlkampagne beim Inflationsschub den bunten Scherz in den Straßen Berlins große Blafate mit der Aufforderung heranzutreten: „Unser lieber Friedrich Ebert sagte...“ und führten dann ein Wort Ebert gegen die Belastung Deutschlands mit unbegrenzten Reparationslasten aus dem Jahre 1919 an. Der sozialdemokratische Reichspräsident, den dieselben Väterzeuger 1924/25 durch ihre Verleumdungskampagne in den Tod trieben, war ihnen jetzt als Kronzeuge für ihr bantontes Volksbegehren gut genug.

Es gibt aber keine lächerlicheren Unken der Väterzeuger, den die Kommunisten nicht noch übertrumpfen. Da bringt der „Räufelstempel“ in großen Lettern eine Aufforderung der Arbeiter der Leningrader Gewerkschaft an die Arbeiter des Leuna-Werkes zu einem „revolutionären Weltwettbewerb“. Revolutionärer Weltwettbewerb, das heißt jeder deutsche Gewerkschaftler, der nicht in einem Kuss der freigelegten Organisations- und überbaupt an eine Ausbreitung des sozialistischen Gedankens innerhalb der Arbeiterklasse. Bei den russischen Kommunisten aber geht es um ganz andere Dinge. In Deutschland können die Kommunisten die Gewerkschaften nicht genug schänden, wenn diese infolge der Rotenzer Spaltungsarbeit und Sabotage das Lebensgrundrücken noch nicht überall genügend untergraben haben.

Die russischen Arbeiter aber sollen gerade in diesem Maße zur Leistung von Rekruten gewonnen werden. Dazu soll u. a. auch der „revolutionäre Weltwettbewerb“ zwischen Leningrad und Leuna dienen. „Die Weltgewerkschaft der Leningrader Gewerkschaft übernimmt die Verpflichtung, die Arbeitsproduktivität um 10 Prozent über den planmäßigen Vorrang hinaus zu steigern, die Arbeitsleistung zu steigern und den unwürdigen Einfluss der Maschinen zu verringern und für die Durchführung des 8 stündigen Arbeitstages ihrer Arbeit innerhalb von drei Jahren sich einzusetzen.“ So heißt es im „Räufelstempel“.

Alle diese Rekruten bedeuten weiterhin nichts, als daß die Leningrader Arbeiter auf den Arbeitstag verzichten müssen und daß die in Russland beschlossene 42-Stunden-Woche nur auf dem Papier gelassen ist. Selbstverständlich würden sich deutsche Arbeiter



## Nur für Herrschaften ...

Wer kennt sie nicht, diese kleinen unendlich kleinen Metallstücke, charakteristisches Erzeugnis aus der wilhelminischen Epoche, in der Dummdummheit und Arroganz gleich unentzerrlich hoch waren:

Nur für Herrschaften ... Das ist meistens so ein hierarchischer, bestialischer Eingang für jene kulturlösen Mittel- und Großbürger, die Kontonote und diktierete Stenographieführung als „herrschafthch“ legitimiert, und ganz an die Seite gestellt, ein schmaler, düsterer Weg für die Menschen 2. Klasse, die Angestellten der Beseantzen, die „Dienstboten“ und was sonst so noch in der kümmerlichen Perspektive eines sozialen Paradieses als unterherrschafthch, voll heißen unterherrschafthch rangiert.

Man sollte eigentlich meinen, die Republik hätte mit diesem affigen Aufwender des Profanen und Statuierregimes pflanzert, aber nie so manchem anderen, was längst ist ist und wobei alle Bemerkung in diesem verpöhlerten Staat frühester Urland fertig, geht es auch dem Eingang: Nur für Herrschaften ...

Er lebt immer noch! Da kam ich jüngst in ein Hinterhaus, das man aber beileibe nicht Hinterhaus, sondern höchst vornehm „Gartenhaus“ nennt. Von Garten war auch nicht die mindeste Spur zu sehen, aber „Hinterhaus“ hätte diese respektablen Kleinbürger zu profanitätlich gefungen. Das „Gartenhaus“ war eng, klein und dumpfsmüdig, seine Dürftigkeit stand in freiem Kontrast zu der gepflegten Eleganz des Vorderhauses. Alle kleinen Gänge noch so nach Kaminofen, kleine Zimmer, niedrige Decken, billiger Kleinleuchten-Gaustat. Verpöhlterischer Mittelstand. Aber das Gartenhaus war doch kein Hinterhaus. Es hatte zwei Eingänge von gleicher Dürftigkeit ... Und an dem einen war ein Metallstück: ... Nur für Herrschaften! Auch der gemetete Stehtragen weiß, was er seiner Reputation schuldig ist! P. L.

# Bürgerblut im neuen Mantel

## „Zuchthäuser“ und „anständige Menschen“ in der „Bürgerlichen Einheitsliste“ loatiert - Bergbau und Industrie bezahlen die Wahlkosten

### Kommunalwahlkampf beginnt.

Halle, den 30. Oktober.

Der Kommunalwahlkampf beginnt! Der in „Bürgerliche Einheitsliste“ umgetaufte neue Bürgerblock macht das zugleich mit der Bekanntgabe seines Wahlbureaus bekannt. Morgen soll die erste öffentliche Wählerverammlung stattfinden, und dann werden vom „Hallischen Bergwerksverein“ aus, wo die Wahlmacher des Bürgerblocks ihr Hauptquartier aufgeschlagen haben, sich die papierenen Stammlisten zur „Niederdrückung des Marxismus“ erziehen. Jemohl: „Alle Kräfte sollen zusammengeworren werden, um die in der hallischen Stadtoordnetenverammlung zurzeit bestehende

bürgerliche Mehrheit zu erhalten, und wenn möglich noch zu stärken.“ Da können sich die armen „Marxisten“ auf etwas gefasst machen. Schon die ganze Art, wie man vor die Wähler tritt, ist im höchsten Grade unehrlich.

Der von den Deutschnationalen Steinbrück und Girck geführte Ordnungsblok (sich wegen seiner Haltung in der Stadtbank, und

### Das neue Mantelchen.



Es versteht nicht alles, — wenn's da nur keine Schampanje gibt bei diesem herrlichen Wählverkehr.

Seidel-Wilde nicht beliebt war und wegen seiner einseitigen Einstellung zugunsten der Besitzenden im eigenen Lager stark kritisiert wurde, schämt man sich jetzt, die neue Liste unter der alten Bezeichnung „Ordnungsblok“ herauszubringen, und so nennt man den Wahlvorgang, auf dem die führenden Vertreter der Wirtschaftskräfte natürlich an erster Stelle stehen, jetzt „Bürgerliche Einheitsliste“. Man schämt sich des ersten, so beliebten und für zugkräftig gehaltenen Namens Ordnungsblok, weil mit der „Ordnung“, die man in dem fünfjährigen Zeitraum seit der Inflationsohne geschaffen hat, wahrhaftig kein Staat zu machen ist.

Es ist nicht uninteressant, sich die bunte Gesellschaft einmal anzusehen, die sich da als sogenannte Bürgerliche Einheitsliste zur Stadtoordnetenwahl zusammengelassen hat. Man wird viele Deutschen einmal so ohne Ausnahme sehen, wie sie heute aufmarschieren, um dafür zu kämpfen, daß das Banner der kommunalen Wirtschaftlichkeit weiterhin für Jahre auf dem hallischen Stabhaube weht. Außer den politischen Parteien von der Deutschnationalen bis zu den — von allen guten Geistern verlassen — sogenannten Demokraten sind unter vielen anderen folgende Verbände vertreten:

Haus- und Grundbesitzerverein, Hallischer Bergwerksverein, Zentralverband Hallischer Unternehmerverbände, Deutschnationaler Handlungsgewerksverband, Gewerkschaftsbund der Ange-

stellten, Vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, Vaterländische Verbände, Stadtoordnetenvereine, Bauernverbände, Mittelständischer Gewerkschaftsbund, Ortsverband Halle des Deutschen Bauernbundes, Deutscher Bauernbund, Einzelhandelsverband, Haus- und Grundbesitzervereine Halle-Nord, Aartel der Christlichen Gewerkschaften, Hallischer Ausschuss für Betriebsfragen, Bergwerksverein Größlich, Beamten- und Angestellten-Ausschuss beim Magistrat der Stadt Halle.

Wahrlich, eine ganz nette Gesellschaft, die sich da zum Kampf gegen den „Kommunal-Marxismus“ zusammengenan hat. Ist es da zu verwundern, daß es solange gedauert hat, diese Gesellschaft unter Bußes Gut zu bringen, wenn Katholische und Evangelische Juden und Antifemiten, Großkapitalisten und Kleinhändler, irreführte Arbeiter und gedankenlose Ansehliche sowie ihre Ausbeuter, Deutschnationale und Demokraten, mittelmännchen Zentrum und Partei Drehscheibe, Anhänger und Gegner des Inflationsohne, also „Brüder“, die eben noch etwan in Zuchthaus bringen wollten, — wenn

das alles in einer Front steht? Gestern noch wollte einer den anderen an liebsten umbringen, heute — am Tage nach Schluß der Einigungsfrist für Fugenberg — ist alles wieder in holder Eintracht versammelt in der „Bürgerlichen Einheitsliste“!

Man sieht: Wenn man sich auch nicht leiden mag, wen es aber gegen die Sozialdemokratie geht, sind „Zuchthäuser“ und Young-Plan-Anhänger ein Herz und eine Seele. Da fragt man sich: Weshalb, warum? In einer Verammlung des Bürgervereins hat es eine bekannte Größe gesagt: Man wolle im Rathaus „keine Politik“ treiben, sondern „nur“ hal-

lische Wirtschaftspolitik und Kampf gegen den Marxismus, wie er insbesondere von der Sozialdemokratie verfochten wird. Diese Wirtschaftspolitik ist natürlich die Politik der „Belange“ der eigenen Klasse und Klassengenossen. Es ist nicht uninteressant, wenn in dem ersten Aufwurf, der den Wählern den neuen Einheitsblock schmuckhaft machen sollte, betont wird, daß Sparsamkeit das erste Gebot sein würde. „Sparsame Wirtschaft“ — d. h. weitere Einschränkung der Ausgaben für Wohlfahrts- und Kulturzwecke —

das wird die weitaus wichtigste und bedeutsamste Forderung, und wirtschaftspolitische Aufgabe der „Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ sein.

Eine andere Aufgabe von großer Tragweite, die sie zu lösen hat, wird die sofortige Befreiung der beiden leiblich seit langer Zeit freien Magistratsstellen (Bürgermeister und Stadtrat) sein. Im Sinne ihrer Wahlverträge wird die „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ die beiden Magistratsmitglieder zu wählen haben. Von zehn befreiten Magistratsstellen wird die neue Stadtoordnetenversammlung also acht zu besetzen haben. Wir sind daher die Befreiung der Stadt weit über ihre eigene Wahlperiode hinaus anzurecht.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die breiten Schichten der Beschäftigten kennen nun die Leute vom neu aufgesetzten Ordnungsblok und kennen auch ihr Ideal: Eine bürgerliche Rathausmehrheit, damit den Halliern ihr Hochreaktionärer Magistrat erhalten bleibt und weiter „streng wirtschaftlich“ gearbeitet werden kann. Sagen wir da nicht allen Anlaß aus vorzunehmen:

Nun erst recht alle Kräfte für die Rufe der Sozialdemokratischen Partei!

## Bußes Stammrolle

### 18855 Erbschneider in Halle

Halle, den 30. Oktober.

Wie sie watscheln, ist es gestern, am letzten Einigungsstunde des Inflationsohne, eine kleine Sitzung der Eintragsungen eingetreten. Es haben sich am Dienstag 3099 Personen eingetragen. Damit ist die Gesamtzahl von 18855 Eintragungen erreicht worden, das sind 11,9 Prozent von rund 160.000 Wahlberechtigten. Halle steht damit zwar weit über dem Reichsdurchschnitt, bei der Verwirrung der politischen Verhältnisse durch Rechts- und Linksblock, aber wie sie in Halle beifolles dazust, ist das nicht wenig zu verwundern. Nachdem sich die Eintragsung der vorliegenden Wahlberechtigten bei dem letzten Wahlsitzungen, die rund 7.000 betrug, noch bei weitem nicht erreicht wurden. Kennzeichnend für den Wahlkampf haben ihren Führer die „Einheitsliste“ verweigert. Das ist für Halle schon ein Erfolg.

Wie lächlich sich aber das Ergebnis der Bußes-Dauerberger trotz allem ausnimmt, zeigt die Gegenüberstellung mit dem großen Volks-

begehren der Republikaner gegen die Bürgerabstimmung im Jahre 1928. Für dieses wichtige Volksbegehren gezeichnet sich in Halle 49406 Personen ein, also fast dreimal so viel, als die weitaus größte Mehrheit in Halle, das man einst die Stabteil-Hochburg nannte, aufbringen konnte. Einen Tröst können die Rechtsradikalen bei ihrer Pleite aber haben: sie haben mit ihrem Inflationsohne das kommunistische Vangerfreier-Volksbegehren abgetroffen, denn ihre Verdrängten von links brachten es im Oktober 1928 nur auf 15130 Eintragungen.

Wir wissen nun genau, wie stark das Kräfteverhältnis der Wahlberechtigten in Halle ist. Dieses keine Hilfsmittel der 1900, das oben in seiner Struktur recht altersmäßig — wirtschaftlich — zusammengesetzt ist, wird der Republik nie mehr gefährlich werden. Auch in dem so unruhigen Halle haben die vernünftigen und aufbauenden Elemente die Übergabe Wehrheit.

Das gibt Hoffnung und Stärke für die Zukunft.

### Wie sich die SPD. an die Wähler schließt.

Die SPD. macht gewaltige Anstrengungen, um bei den Metallarbeitern vorzudringen. Neben wieder zu gewinnen. Aber alle Versammlungen, die man bisher seit Wochen und Monaten in diesem Zwecke einberufen hatte, waren lächlich besucht. Jetzt sucht man wieder

die Betriebe für die Kommunalwahlen lebendig zu machen

und beruft für die einzelnen Betriebe öffentliche Betriebsversammlungen ein. So findet heute, Mittwoch, für die Betriebe Wegelin u. Hübner und Weste Söhne in Leiff's Hof eine Versammlung mit dem fassam bekannten Sattlich als Referenten statt. Um überaus eine Versammlung zustande zu bringen, verbreitet man Einladungsblätter mit der Unterschrift: „Die Funktionäre“. Es soll damit der Anreiz erzeugt werden, als wenn wichtige Betriebsvorgänge zu besprechen seien. Die Funktionäre werden wissen, die das besonders bei der Firma Wegelin u. Hübner festgelegt wurde, nichts von der Unterbrechung einer solchen Versammlung.

Wir raten, den Besuch solcher Versammlungen

abzulehnen, wenn sie nicht von der Organisation selbst einberufen werden. Man wird dann wenigstens nicht genasführt und spart Zeit und Geld für wichtigere Dinge.

### Steuere im Krankenhaus.

Gestern Abend wurde das Heberallkommendo nach dem Stadtkrankenhaus gerufen. Der Stadtrat und Pflegerinnen waren von tranen Frauen gestimmt und mit Stillsitzende bedroht worden. Die Pflegerinnen wurden mit Hilfe des Heberallkommendo in Einzelzimmern untergebracht.

### Einbruch mit Auto.

An der Nacht zum 29. Oktober wurde in einem hiesigen Ferienmotel ein Einbruchverbrechen ausgeführt. Gestohlen wurden etwa 60 bis 80 Ballen Drennlosse verschiedener Webari und Wulstler ein Drennlosse Drennlosse (Drennlosse) mit Drennlosstragen. Die gestohlenen Stoffe sind vermuthlich mit einem Kraftwagen wegtransportiert worden. Am nächsten Morgen wurden die Angaben bittet die Kriminalpolizei, Zimmer 60/61.

### SPD. Ortsverein Halle.

14. Ortsverein. Die für Donnerstag, den 31. Oktober, angelegte Mitgliederversammlung wird auf Donnerstag, den 7. November, verlegt.

30 Jahre Feuerwehverband.

Am 2. November begeht der Feuerwehverband der Provinz Sachsen in Halle die Feier seines 30jährigen Bestehens durch eine Festigung...

Der Verband hat seinen Ursprung in Halle die Feier seines 30jährigen Bestehens durch eine Festigung...

Die Feier des 2. November wurde nach Halle geleitet als der Stadt in der Verband seinen ersten Verbandstag abgehalten hat.

Scheinwunder des Okkultismus.

Professor Stadler in der Volkshochschule in Berlin, dem 1. November, in der Volkshochschule einen Experimentalvortrag gehalten.

Stielkinder des Glücks.

roman von Maria Linden

69) (Nachdruck verboten.) (Copyright by „Weltanschauung“ in Dresden.) „Es gibt aber doch wohl arme wie Reich?“ merkte Stiel ein. „Was jagen die Armen an, die übrig bleiben?“

Kapitalisten untereinander

Das große Kassenbuch erregt seit Monaten ein großes Aufsehen bei den Reichs-Altionen. Die Reichen hielten sich — sie jagen aber auch die Armen...

Die Mansfeld AG. erbob Beschwerde, die den Beschlüssen einer holländischen Kammer für den Fall...

Diese Personengruppe sucht die Mansfeld AG. von einem Direktor Reichstein erhaltene Rechtsgutachten durch ein eigenes Aufstellung...

Hollender Tod.

Gestern nachmittag wurde auf der Stadterstraße ein 10jähriges Mädchen beim Spielen...

In der Marienburger Straße wurde eine Frau beim Befahren eines holländischen Straßenbahnwagens von einem Motorwagen angefahren.

Kombinierte Beteiligungsgesellschaft

Die Allgemeine Konsumverein Halle eröffnet am Donnerstag in den Räumen seines neuerbauten Verwaltungsgebäudes eine kombinierte Beteiligungsgesellschaft...

Reisenspendung bei der Post.

Die Spaltung der Postämter und Unfallrenten für November findet...

also mit Beifall belassen. Die Postämter werden einmal den Leitung übertragen und gegen die Schenkung...

Am 1. November, einem Ort mit 1088 Einwohnern und 622 Wahlberechtigten, hat Engensberg...

Wann Stierkorn gefällig.

Die Landwirte werden von der Wahlpolitik in der Nähe von Chemnitz ein Mann zu aufgeben. Er lag nicht bei einem Spinnungs...

Schönthurn ist sozialdemokratisch.

Raffes und Augustus nicht — auch das Gedächtnis auf die SPD. Das bei dem Raffes und Augustus nicht, hat es nicht getan. Die Kommunisten von Schönthurn hatten, da sie den Konsumverein Raffes und Augustus nicht...

Stierkorn gefällig.

Die Stierkorn und Drogenkassette Rietfeld scheint ein Augenmerk zu haben. Die Stierkorn und Drogenkassette Rietfeld scheint ein Augenmerk zu haben...

Was mit der Rechten auf einen hohen Stein und lagte.

„Was kannst du sein aufstehen?“ „Willst du mich schon verlassen?“ fragte Edgar traurig. Er hatte sein Pferd beim Hügel...

Die Frau mit dem roten Hut.

Die Frau mit dem roten Hut, vor ihr lag ein kleines Kind, und sie sah mit glühenden Augen, als ob ihr Leben davon abhängen würde...









# Landtagsauflösung in Thüringen

## Neuwahl am 8. Dezember

Der Thüringische Landtag hat am Dienstagmorgen mit allen Stimmen bei Entzifferung der beiden konstituierenden Wählungen den sozialdemokratischen Antrag auf Auflösung des Landtags angenommen. Die Resolutionen wurden auf den 8. Dezember festgesetzt.

Der Landtag wird bei seiner Auflösung am 7. Dezember, vor allem auch bei der Beschäftigung der einzelnen Räte erledigt. Die Räte erfüllt danach, und zwar auf Grund der Reichsverfassung, auf alle Zeit jährlich 3,75 Millionen Reichsmark Staat als Abfindung früherer Leistungen der einzelnen Ränder an die Thüringer Räte. Diese Summe ist dem wirtschaftlichen Verhältnis entsprechend elastisch. Der Staat kann jedoch die jährliche Zahlung durch eine Kapitalabfindung erledigen.

des konstitutionalen Antrages auf Auflösung des 1. Mai als Feiertag verbunden. Dazu erklärte der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Abg. Müller, daß seine Fraktion auf den Feiertag verzichten würde, sobald sich dafür im Landtag eine Mehrheit finde. Im übrigen zeigte sich in der betreffenden Landtagsdebatte, daß das Schicksal der Feiertage von den Demokraten abhängt. Die Räte jedoch von vornherein keinen Zweifel darüber, daß sie für die Beseitigung des 1. November-Feiertages stimmen würden. Ueber ihre Stellungnahme zur Frage des 1. Mai äußerten sich die Demokraten im Plenum des Landtags nicht. Die Vorlage und der konstitutionale Antrag wurden schließlich dem Reichsausschuß überwiesen.

Dort haben die sozialdemokratischen Vertreter einen

### Erbitterte Kämpfe im Sächsischen Landtag. Der Bürgerbund will die proletarischen Feiertage beibehalten.

Als die Wahlen zum Sächsischen Landtag im Mai dieses Jahres eine bürgerliche Mehrheit gebracht hatten, war zu erwarten, daß man recht bald versuchen würde, die in Sachsen bestehenden proletarischen Feiertage, den 1. Mai und 9. November, zu beseitigen. Vor laugen hat nun die Regierung Vinger, die auf die Deutschen und die Nationalsozialisten angewiesen ist, dem Landtag eine Regierungsvorlage unterbreitet, durch die zunächst der 9. November feierliche Feiertag entsetzt werden soll. Die Ministerpräsident Vinger später im Ausschuß erklärte, daß er von einem Antrag, auch den 1. Mai feiertag abzuheben, nur deshalb abgesehen, weil er nicht sicher war, ob dafür eine Mehrheit im Landtag zu haben sei. Die Beratung der Vorlage über die Abschaffung des 1. November-Feiertages wurde daraufhin im Landtag mit der Erörterung

erbitterten Kampf gegen die Angriffe auf die proletarischen Feiertage geführt. Dennoch wurde die Regierungsvorlage am Dienstag mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Der Antrag auf Abschaffung des 1. November-Feiertages fand jedoch keine Mehrheit, weil der demokratische Vertreter entsprechend einer Instruktion seiner Partei nicht dafür stimmte. Die Demokraten lassen sich anscheinend von dem Bürgerbund leiten, die Möglichkeit einer Großen Koalition in Sachsen nicht völlig zu verwerten.

Im Plenum des Landtags, wo der Antrag auf Abschaffung des 9. November und 1. Mai als Feiertage schon in den nächsten Tagen zur Debatte steht, wird die Sozialdemokratie alle durch die Abschaffung gegebenen Mittel anwenden, um einen endgültigen Entscheidung möglichst hinauszuschieben. Die bürgerliche Mehrheit ist jedoch sehr unentschieden, die Regierungsvorlage so richtig unter Druck und Pack zu bringen, daß der 9. November in diesem Jahre nicht mehr gefeiert werden kann.

Weiter beantragte ich die Vernehmung des Oberbürgermeisters Böß und der Frau Böß zum Zwecke dafür, ob es sich entgegen dem amtlichen Zeugnis des Oberbürgermeisters an die Stadt Berlin nicht um einen leeren und zwei Waise handelt, und daß mindestens für einen dieser Waise nur eine der gebaute Teil (siehe 400 RT) des Betrages gezahlt worden ist, den die Gebrüder Elmarck dafür gezahlt haben (siehe 400 RT). Ich bitte, dem Ehepaar Böß zur Aufklärung seines Geschäftsganges die sichergestellten Rechnungen und vor allem das Buch zu vorgelegen, ausweislich dessen ein Teilmangel an die Adresse der Frau Böß nach Bad Gastein im vorigen Jahre abgegangen worden ist."

### Berechnungen im Breiten-Parlament

Der Elmarck-Ausschuß des Preussischen Landtages trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Schöner (Komm.) in seine Beratungen ein. Dem Ausschuß gehören 29 Mitglieder an.

Es ging Böß'sch bergänglich. Der Leiter des Ausschusses, der Stadt Berlin, Oberbürgermeister Schöner, hielt einen langen Vortrag über die Arbeitererwerbs-Gesellschaft und das Ankaufsgeschäft, der ergab, daß diese beiden Unternehmen dem früheren Direktor Kieburg un-wirtschaftlich, vielleicht

allein seine Mitteilung, daß das Ankaufsgeschäft mit den Elmarck-Berträgen nichts zu tun gehabt hat und von der fünfjährigen Verlängerung des Elmarck-Bertrages weder er noch Oberbürgermeister Böß eine Abkündigung gehabt hätte. Drei Monate später hätten sie davon durch Briefe erfahren.

Die "Entwickler"-Parteien waren sehr betreten. Der konstitutionale Ratler Böß suchte seine Position zu verbessern, indem er entgegen aller Praxis der Unterwuchersachverständigen vom Gemeindefiskus in öffentlicher Sitzung stellte. Die kommunalistischen Vorleser Schöner ließ über diese Anträge trotz des Protestes der Sozialdemokraten abstimmen. Die Sozialdemokratie gab daher die Erklärung ab, daß sie Schöner nicht gerade für einen glücklichen gewählten Reichstagen ansehe. Schöner sei Mitglied des Kreditinstitutes der Stadt und habe treu und brav noch vor wenigen Monaten der

Erhöhung des Elmarck-Kredits von 7 auf 10 Millionen Mark zugestimmt.

Aber das war nur das äußere Beispiel. Der innere Kern war ein gemeinsamer Protest der Kommunisten und Konstitutionellen dagegen, daß man am Donnerstag den kommunalistischen Stadtrat Gabel über die Elmarck-Geschäfte verurteilte. Es wurden alle möglichsten und unumgänglich Gegenbeispiele gemacht, den man lieber vernachlässigen sollte, und man verhandelte sich schließlich sogar darüber, daß Gabel dem Oberbürgermeister Zappert in diesen Tagen zur disziplinarischen Berichtigung zur Verfügung stehen müsse. Aber das Strampeln half nichts; die "entwickelten" Minister Mehrheit setzte ihren Willen durch; der Mittwoch steht den konstitutionellen Entwicklern zur Verfügung, aber am Donnerstag wird Herr Gabel geholt.

logar korrupt gearbeitet haben. Als Magistrat und Stadtoberordnete davon Kenntnis erhielten, ist Kieburg freilich entlassen und seit mehr als zwei Jahren - eine ordentliche und andere Verwaltung eingeleitet worden, die mit erheblichen Überschüssen arbeitet. Der volksparteiliche Oberbürgermeister legte dann in überzeugender Weise dar, daß ein solches getreutes Ankaufsgeschäft in einer Kommune wie Berlin überhaupt nicht entbehrt werden kann. Interessant war vor

### Die merkwürdigen starken Erdsprudel



Wie bei dem pommerischen Südküsten Schlämme, beim Dorfe Ruffin, aufzutreten sind, werden zu einer Anzahl von Hüfen. Die Geologen haben noch nicht den Ursprung der starken Wasser- oder erdigen Quellen, die bereits den Bestand einer ganzen Reihe von Dörfern in dieser Gegend gefährdet. Unter Bild zeigt besonders bedrohte Stellen im Dorfe Ruffin.

### Ein Kirchendieb im geistlichen Gewand.

Die Bonner Kriminalpolizei nahm am Dienstag einen Kirchendieb fest, der seit langer

Zeit gesucht wurde und zahlreiche Diebstahle auf dem Gewissen hat.

Der Dieb stammt aus Kiel. In der Woche eines frommen Betens fuhr er, aus mehreren katholischen Kirchen Stahns schützende Gemäße und Statuen. Die gestohlenen Bilder verkaufte er an Antiquariate oder Parreien. Als ihm der Diebstahl in Köln zu heiß wurde, verlegte er seine Tätigkeit nach Holland. Hier trat er in ein Kloster ein und verband es, allgemeines Vertrauen zu erwecken. Schließlich aber verurteilt er unter Pseudonym einer Kette. Nach Köln zurückgeführt, unter seine bisherige Tätigkeit in geistlichen Gewand zu setzen. In katholischen Kirchen fuhr er, die Statuen, die er wieder an andere Kirchen verkaufte. Eine kostbare Statue verkaufte er u. a. auch dem holländischen Räder Kunstgewerbemuseum. Bei dem Aufbruch in diesem Gebäude ließ er ein wertvolles Christusbild mitgehen. Jetzt hat ihn die Bonner Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gefesselt.

### Wegen Zahlungsschwierigkeiten in den Tod.

Der Inhaber der Privatbank Andre & Herzig in Regell, Hauptmann a. D. Julius Binn, hat sich auf der Wilhelmshöhe am Dienstag erschossen. Der zweite Inhaber des Hauses wird vermisst. Der Selbstmord wird auf Zahlungsschwierigkeiten der Bank zurückgeführt.

Amerikanischer Humor. "Kein, Doktor, mich bringt niemand in die Rüche. Als ich zum erstenmal dort erschien, schüttete man mich Wasser auf den Kopf, und beim zweitenmal haben sie mich eine Frau auf Lebenszeit angeheiratet." - "Sie haben ganz recht, um so mehr als Sie befürchten müssen, daß Sie beim drittenmal mit Erde bestrickt."



**Brillen-Schmidt-Sehhilfen**  
Erstklassige Fachleute stellen ihr Wissen und Können in Ihre Dienste und beraten Sie

**Malte a. S. :: 53 Gr. Ulrichstr. 53**

# Unterfuchung gegen Elmarek's

## Reinfall der "Entwickler" - Auch ein Kommunist stimmt für die Elmarck-Kredite

1. Die Gebrüder Max, Willy und Leo Elmarck wegen Betruges, (honorar Urkundenfälschung, Beschädigung und Kontantverbrechen).
2. Gegen den Buchhalter Max Lehmann wegen Beschleife zum Betrug, zur (honorar Urkundenfälschung und zum Kontantverbrechen).
3. Gegen die Stadtbauverwalter G. Müll, Hoffmann und Schröder wegen positiver Beschädigung und Untreue.
4. Gegen Kleemann, Weiß, Wendt, Schöneken und die Gebrüder Wenzel und die Wenzel'schen wegen Beschleife zum Betrug.

Die Vorlage der Frau Oberbürgermeister. Schwere Anschuldigungen des Reichstages. Der Vertreter des Buchhalters der Elmarck's, Reichstagsrat Dr. Papppe, hat am Dienstag im Reichsausschuß den Antrag auf Vernehmung in Berlin folgenden Antrag überreicht:

"Ich beantrage, da die Gebrüder Elmarck 1. Einflußnahme auf die von ihrem Buchhalter Lehmann begangenen und eingetragenen Urkundenfälschungen leugnen, zur Aufklärung ihres Verhaltens gegenüber höheren und höchsten Stellen die Vernehmung der Inhaber von Antinomienvermittlungsinstituten Klitz, Leibnizstraße 8, und Albert Klein, Ulmenallee 46, zum Zweckes dafür, daß verlässliche Stadträte der Stadt Berlin mit finanzautomatischen große Kenntnisse in die weitere Umgebung Berlin unterzogen, und daß die Gebrüder Elmarck diese Fakten bezeugt haben.

### Erlebnis mit Arno Holz.

Rur ein einziges Mal bin ich mit Arno Holz in persönliche Berührung gekommen. Aber dieses Zusammenkommen hat mich so unangenehm und für den Menschen Arno Holz charakteristischen Stoff, daß dieses keine Erlebnis mit der Dichtung war, sondern ein Erlebnis mit dem Dichters.

Ein Bekannter hatte Arno Holz und einige andere Freunde, darunter auch mich, zur Geburtstagsfeier seiner Frau eingeladen. Es war in jenen bewundernswürdigen Tagen kurz nach der Gründung der Sektion für Dichtkunst an der Preussischen Akademie der Künste, die wir heute kurz als die preussische Dichterschule zu bezeichnen pflegen. Damals hatte Arno Holz sehr radikale Forderungen für die organisierte Modernisierung der Akademie aufgestellt, deren Befolgung in der Folgezeit immer deutlicher geworden ist. Aber wie immer in seinem Leben alles der ewig junge Schürmer und Dämoner auch hier allein und sich selbst bei dem ganz nicht rationalistischen, auch von Arno Holz als Puffer verehrten Akademierätspräsidenten Max Siebermann auf spirituelle Zweifel an der Durchführbarkeit seiner Vorleser. Der Herr außer sich der Dichter damals über den alten Liebermann, der schon mit einem Fuß im Grab stünde. Nun hat der seltsame Junge Dämoner selbst dem rüstigen Greise noch ins Grab drückend müssen.

der Buchausgabe seines Erstlingsromans "Vor Sonnenaufgang" die ursprüngliche Widmung für den Dichter des "Papa G. am 1. Woggefriden und dadurch die starken Anregungen, die er Arno Holz verdankte, verweigern hatte.

Seine unbedruckte Widmung brachte Arno Holz an jenem Abend auch in einigen scharfen kritischen Ausprägungen über literarische Kräfte des Geistes der Zeit. Seine noch in engstirniger Besorgnis konnte ich davon abhalten, sein strenges Urteil auch nur im geringsten zu befeuern.

Alle diese Einbrüche verließen jedoch hinter



Lebensmaske von Arno Holz.

Von begabterem Mittelstand war sein Umgang mit Frauen und sein Urteil über sie. Lieber hätte er sich selbst die Stiefel, als daß er diese für Männer im allgemeinen sehr unangenehme Arbeit seiner Frau überlassen hätte. Von rührender Treue war er auch gegenüber geliebten und gesinnungswahrenden Persönlichkeiten. Deshalb machte ihn die schon in jungen Jahren erlebte Untreue Gerhart Hauptmann's getriebenes zu einem erbitterten Gegner dieses romantischeren gesättigten Bourgeois. Unbegründlich in seiner Ausprägung ist Arno Holz ja immer geblieben. Es war freilich kein schöner Tag von Gerhart Hauptmann gewesen, daß er bei der Reinsaufgabe

